36. Jahrgang | Bochum, den 29. November 1924 | Nummer 48

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto: Hannover 57613
Scheck-Konto: Essen . . 24171

Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig
Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 100 Goldpfennig

Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Limbertz, Essen. Druck: A. Hausmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wiemelhauser Straße 38 42

Telephon-Nr.: 4300, 4301, 4302
Telegramm: Altverband Bochum

Drohende Zeichen sozialer Machtkämpfe.

Die Bergbau-Unternehmer für den sozialen Rückschritt. – Eine Erklärung der Bergarbeiterverbände.

Das deutsche Wirtschaftsleben steht am Vorabend schwerer sozialpolitischer Entscheidungskämpfe. Die katastrophale Preispolitik der letzten Zeit, die Ohnmacht der verantwortlichen Regierungsstellen gegenüber einem äußerst raffinierten Gaunertum kapitalistischer Zwischenhändlergruppen und die Preisabbaupolitiksabotage gewisser Wirtschaftskreise trieben die Lebenshaltungskosten für die Arbeiterschaft in schwindelnde Höhe. Der Reallohn der Lohn- und Gehaltsempfänger sank tiefer und tiefer. Dieser Zustand hat für die Arbeiterschaft eine geradezu unerträgliche Lage geschaffen. Da alle von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen zum Abbau der Preise an den tausend Widerständen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der leider im Rahmen der heutigen Gesellschaft noch einflußreichen Auffassung privatkapitalistisch-egoistischer Kreise scheiterten, blieb den Arbeitern kein anderer Weg übrig, als die Forderung nach Anpassung der Löhne an die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung.

Die Bergarbeiter haben trotz der nun schon seit Jahren geleisteten längeren Arbeitszeit unter dieser Entwicklung besonders schwer zu leiden gehabt. Eine monatliche Nettoeinnahme von 90, 100 und 110 Mk. bedeutet gar keine Seltenheit für eine sehr große Anzahl von Bergarbeiterfamilien. Trotz der geradezu miserablen Lohnverhältnisse in allen Bergbaudistrikten lehnten es die Unternehmer überall rundweg ab, irgendwelche Zugeständnisse in der Lohnfrage zu machen. Die Lohnforderungen der Bergarbeiterverbände in einer durchschnittlichen Höhe von 20 Prozent (der Reallohn ist demgegenüber um mindestens 30 Prozent gesunken) wurden überall radikal abgelehnt. Die Entscheidung ist vorläufig in die Hände der staatlichen Schlichtungsinstanzen gelegt. Hinter diesen Schlichtungsbehörden steht der Einfluß der Regierung und gewisser Dunkelmänner, um die endgültigen Entscheidungen möglichst hinauszuzögern. Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes werden mit allen Mitteln eine Verschleppung dieser Frage durch die bureaukratischen Schlichtungsinstanzen des Reiches zu verhindern wissen. Auf das in der vorletzten Nummer der „Bergarbeiter-Ztg." bereits gegeißelte Verschleppungsmanöver des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums, Dr. Tiburtius, bei Behandlung der Lohnstreitigkeiten im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, haben die mitteldeutschen Bergarbeiter schon die notwendige Antwort erteilt. Die nachfolgende Meldung zeigt, wohin die Dinge überall laufen müssen, wenn die Regierung glaubt, den Bogen überspannen zu dürfen. Es heißt in der Meldung:

„Die am Tarif für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Arbeitnehmerorganisationen haben unter Führung des Bergarbeiterverbandes den Tarifvertrag und das durch Schiedsspruch gegen den Willen der Arbeitnehmerverbände geschaffene 10- und 12-Stunden-Zwangsarbeitsabkommen gekündigt mit dem Ziel einer Verbesserung des Tarifvertrages und der Verkürzung der Arbeitszeit. Die wirtschaftliche Besserung im Braunkohlenbergbau und die rapide fortschreitende gewerkschaftliche Gesundung unter Ausschaltung politischer Tendenzen lassen auf einen Erfolg schließen."

Für den Ruhrbergbau sollen die Schlichtungsverhandlungen am 25. November stattfinden. Die Unternehmer arbeiten mit Hochdruck, um die Entscheidung schon von vornherein in ihrem Sinne zu beeinflussen. In den Spalten der schwerindustriellen Presse wird das Material der Unternehmer gegen die Erfüllung der Lohnforderungen in immer aggressiver werdender Form vor die Oeffentlichkeit gebracht. Schon jetzt versucht die „Deutsche Bergwerks-Ztg." einen Druck auf die Schlichtungsinstanzen auszuüben und kündigt offen an, daß die Unternehmer sich einem Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung vorsehen würde, nicht fügen könnten. In der Nr. 273 der „D. Bergw.-Ztg." vom 19. Nov. d. J. wird eine Erklärung der Zechenunternehmer des Ruhrbergbaues veröffentlicht, in der es unter anderm heißt:

„Zur Lohnfrage in den verschiedenen deutschen Kohlenrevieren wird uns von Arbeitgeberseite erklärt, daß angesichts der katastrophalen Absatzlage der Bergbau in keinem Revier an eine Erhöhung der Löhne denken könne. Es sei auch völlig ausgeschlossen, daß die Arbeitgeber einen etwa gefällten Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung vorsehe, annähmen."

Die Bergarbeiterverbände werden nach dieser Erklärung um so schärfer ihre berechtigten Forderungen vertreten. Es zeigt sich, daß die sozialen Auseinandersetzungen von den Zechenkapitalisten geradezu herausgefordert werden. Da sich die Situation immer weiter zuspitzt, kamen die Vertreter der beteiligten Bergarbeiterorganisationen zu einer Beratung zusammen, in der beschlossen wurde, folgende

Erklärung der Bergarbeiterverbände

an die Oeffentlichkeit zu richten:

„Die vier Bergarbeiterverbände haben in einer gemeinschaftlichen Sitzung am 20. November d. J. nochmals zu den schwebenden Lohnverhandlungen im Bergbau Stellung genommen. Es wurde festgestellt, daß die ablehnende Haltung in der Lohnfrage seitens der Arbeitgeber eine starke Beunruhigung und auch Erbitterung in der Bergarbeiterschaft hervorgerufen hat. Das letztere ist aus rein menschlichen Gründen wohl verständlich, da doch die Löhne in einem viel zu niedrigen Verhältnis gegenüber den Lebensunterhaltungskosten stehen. Die Erklärung der Arbeitgeber in Nr. 273 der „Bergwerks-Zeitung", in der sie mitteilen, einen gefällten Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung vorsieht, nicht anzunehmen, muß geradezu als eine Provokation der Bergarbeiter empfunden werden. Eine solche Handlungsweise muß auf das Schärfste zurückgewiesen werden. Wir erwarten, daß die verantwortlichen Stellen alles tun, um diesen Widerstand der Arbeitgeber zu brechen.

Die falsche Ansicht der Unternehmerpresse, als sei die Lohnbewegung aus wahlpolitischen Gründen eingeleitet, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Eine derartige Behauptung ist auch unwahr. Schon am 3. Oktober fand eine Besprechung der Bergarbeiterverbände über die Lohnfrage im Bergbau statt, worüber die Oeffentlichkeit und auch die Reichsregierung eingehend unterrichtet wurden. Die damals erhoffte Hebung des Reallohnes durch die Aktion der Reichsregierung trat im Laufe des Monats Oktober nicht ein. Infolgedessen wurde in einer Sitzung am 20. Oktober die Kündigung der Lohntarife beschlossen und in den einzelnen Revieren entsprechende Lohnforderungen eingereicht.

Darum protestieren wir nochmals gegen die Unterstellung, als sei die Lohnbewegung eine politische Wahlmache. Einwandfrei geht aus den bisherigen Darlegungen hervor, daß die Lohnbewegung im deutschen Bergbau schon eingeleitet war, ehe der Reichstag aufgelöst wurde.

Die Bergarbeiterorganisationen werden, unbekümmert um die Angriffe und das Verhalten der Arbeitgeber, in der Lohnfrage darauf bestehen, daß unter allen Umständen für die in den letzten Monaten eingetretene Verteuerung der Lebenshaltungskosten eine Lohnerhöhung gegeben wird."

Die Unternehmer versuchen mit einem wahren Wust zusammengesuchter Zahlen vor der Oeffentlichkeit zu beweisen, daß die Wirtschaft zugrunde gehen müsse, wenn die Löhne den Lebenshaltungskosten angepaßt werden. Der von den Unternehmern erzeugte Zahlennebel über die „ach so geringe Rentabilität" der Bergwerke wird immer wieder Anlaß bieten, die gemachten Angaben als nicht richtig zu erkennen, denn die Vertreter der Arbeitgeber wenden sich getreu ihrem kapitalistischen Grundsatz, daß sie nur einzig und allein in den Produktionsstätten unserer Wirtschaft zu gebieten hätten, immer wieder gegen die Vorschläge, die Betriebsbilanzen durchsichtig zu machen. Die Arbeitervertreter beantworteten die Klagelieder der Unternehmer über die Zuschußwirtschaft im Bergbau mit dem Vorschlag, paritätisch zusammengesetzte Kommissionen unter Protektorat des Staates zu bilden, die sich über die gesamten Produktionskosten und Betriebsziffern der Zechen unterrichten sollten. Wenn derartige Feststellungen von vereidigten Kommissaren gemacht würden, so hätte der nutzlose Streit zwischen Arbeitervertretern und Unternehmern über die Rentabilität der Betriebe bald ein Ende. Trotzdem dieses System sich im englischen Bergbau ganz ausgezeichnet bewährt hat, lehnten die Unternehmer diese Vorschläge kategorisch ab, da eine Gefahr für das Geschäftsgeheimnis der einzelnen Werke bestände. Daß diese Befürchtung grundlos ist, beweist das englische Beispiel treffend. Geschäftsgeheimnisse gibt es nicht nur in Deutschland, sondern auch im englischen Bergbau. Jedoch ist dort noch niemals das Geschäftsgeheimnis verletzt worden. Wenn wirklich so wichtige Geheimnisse vorhanden sind, so liegt es eben auch im Interesse der Arbeiter, daß dieselben nicht verletzt werden. Wer die Dinge kennt, weiß, daß der Widerstand der Unternehmer ihrem grundsätzlich ablehnenden Standpunkt entspringt. Sie wenden sich gegen jedwede Einsichtnahme in die Betriebsführung. Das zeigte sich auch ganz deutlich, als die Regierung eine Nachprüfung über die Verwendung der vom Staat gezahlten Lohnsicherungssummen während des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet ankündigte. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" schrieb dazu in ihrer Nr. 258 vom 1. November:

„Wieder einmal bemühen sich die staatlichen Stellen, die Frage der Lohnsicherungen aufzurollen. Sie hoffen anscheinend immer noch, große Geldsummen aus den Firmen herausholen zu können. Vom Standpunkt der Wirtschaft aus ist eine generelle Nachprüfung der Firmen als unzulässig zu betrachten. ... Unter diesen Umständen ist es das einzig Richtige, eine wahllose Prüfung sämtlicher Lohnsicherungsfälle durch die Regierung zu verwerfen. ... Für diese Fälle müßten ... sichere Anhaltspunkte vorhanden sein, ehe man an die umständliche, zeitraubende, kostspielige und für die Firmen äußerst lästige Untersuchung herangeht."

Diese Zeilen lassen ganz klar erkennen, daß die Unternehmer sich mit allen Mitteln gegen eine wenn auch nur amtliche Einsichtnahme in ihre Geschäftsführung sträuben. Die Arbeiter wissen längst, daß alle Nebelgebilde unternehmerfreundlicher Produktions- und Rentabilitätsziffern keinen anderen Zweck haben, als die Unternehmeroffensive gegen Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu unterstützen und mit einem schillernden Mäntelein pseudowissenschaftlicher Rebelschwaden zu umkleiden. Der Unternehmerstandpunkt wurde ganz klar und deutlich auf einer Tagung des Hauptausschusses der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und des Reichsverbandes der deutschen Industrie am 15. November d. J. zum Ausdruck gebracht. Auf dieser Tagung wandten sich die Unternehmer gegen das Abkommen von Washington, da die Wirtschaftsgesundung nicht unterbunden werden dürfe durch „eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit oder durch ein die Wirtschaftsnotwendigkeiten verkennendes Hinauftreiben der Löhne."

Die gewerkschaftlichen Vertreter der Bergarbeiter geben sich deshalb gar keiner Illusion hin. Sie wissen, daß die Besserstellung der Bergarbeiter gegen den Willen der Unternehmer erzwungen werden muß. Die Unternehmer arbeiten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Beeinflussung der öffentlichen Meinung. In der letzten Nummer der Unternehmerzeitschrift „Der Arbeitgeber" vom 15. Nov. wird eine „Kundgebung der deutschen Industrie" an das deutsche Volk veröffentlicht, in der versucht wird, die ablehnende Haltung der Schwerindustriellen gegenüber den Lohnforderungen zu rechtfertigen. Die Kundgebung versucht, den Nachweis zu erbringen, daß eine Besserung der Lebenshaltung für die Arbeiter nur durch den Abbau von Steuern, Frachten und sonstigen staatlichen finanz- und steuertechnischen Maßnahmen erreicht werden könnte. An die durchgreifende und sofortige Wirkung solcher Mittel glauben jedoch die Unternehmer selbst nicht. So schrieb die „D. Bergw.-Ztg." in ihrer Nr. 274 vom 21. Nov. u. a.:

„Wenn in Vergleich vom Juli zum September in Deutschland eine Preiserhöhung eingetreten ist, so ergibt sich diese ganz einfach aus der Tatsache, daß in die Mitte dieses Jahres der Preisstand für hauptsächlich deutsche Ware künstlich derart tief gedrückt war, daß ein Ausgleich unausbleiblich war."

Aus diesem Zitat geht hervor, daß die „D. Bergw.-Ztg." als Sprachrohr der Unternehmerinteressen selbst nicht an eine weitere Preissenkung, das heißt eine neue „künstliche Senkung hauptsächlich deutscher Waren" glaubt. Unter diesen Voraussetzungen müssen sich die deutschen Arbeiter ganz besonders gründlich die folgenden Sternsätze der schon genannten Kundgebung der „deutschen Industrie" ansehen. Es heißt da:

„Aber auch bei schnellen und weitgehenden Maßnahmen ... würde ein Versuch, die Preise herabzusetzen, ergebnislos bleiben müssen, wenn auf der andern Seite durch eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit oder durch ein die Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft verkennendes Hinauftreiben der Löhne die Produktion verteuert würde. Deshalb kann auch internationalen Bindungen nicht zugestimmt werden, wenn dadurch die Beibehaltung der Vorkriegsarbeitszeit unmöglich gemacht und obendrein eine internationale Kontrolle der deutschen Arbeitsverhältnisse zugelassen würde."

Diese Sternsätze der Unternehmerkundgebung werden vervollständigt durch nachfolgende sozialpolitische Betrachtung der „D. Bergw.-Ztg." vom 21. November. Es heißt da:

„Außerdem finden sich in Deutschland noch besondere Gründe der Preisbeeinflussung. Sie seien nur kurz erwähnt: Uebermäßig hohe Steuern und Eisenbahntarife, zu starke Beanspruchung der Wirtschaft durch staatliche Aufgaben, Belastung der Wirtschaft durch hohe Aufwendungen für soziale Fürsorge und sozial politische Beschränkungen usw."

Kurz zusammengefaßt und alles pseudowissenschaftlichen Beiwerkes entblößt, wollen also die Unternehmer die Teuerung überwinden durch:

Herabsetzung der Reallöhne, Ausdehnung der Arbeitszeit im Bergbau unter Tage auf 8½ Stunden und Streichung der sozialen Leistungen für Invaliden, Krüppel und sonstige auf dem Schlachtfeld der Arbeit zur Hilfsbedürftigkeit verdammt gewordene Proletarier.

Es wird Aufgabe der Bergarbeiterverbände sein, die Unternehmerbestrebungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zurückzuweisen. Aeußerste Disziplin und immerwährende Bereitschaft innerhalb der wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisation ist deshalb das Gebot der Stunde.

Die Unternehmer sehen sich schon nach Helfershelfern für die drohenden sozialpolitischen Auseinandersetzungen um. Sie buhlen nicht nur um die Gunst reaktionär gesonnener Regierungsstellen, sondern versuchen auch die Arbeiter im eigenen Lager zu treffen. So veröffentlicht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" in ihrer Nr. 856 vom 21. November die neuesten Richtlinien der Kommunistischen Partei über die bolschewistische Minierarbeit in den Betrieben. In diesen Richtlinien heißt es u. a.:

„Der Wahlkampf muß im Betriebe geführt werden ... **In engster Verknüpfung mit dem Kampf um Lohn und Arbeitszeit müssen in den Betriebsversammlungen die Ziele der Kommunistischen Partei und der Betriebszelle verbreitet werden. Die Zelle muß aus diesen Kämpfen** (um Lohn und Brot. D. Red.) **die politischen Schlußfolgerungen den breiten Massen der Belegschaft begreiflich machen."**

Trotzdem die „Rhein.-Westf. Ztg." als Beauftragte der schwerindustriellen Zechenbesitzer ganz genau darüber orientiert ist, daß die Kommunisten ihren ehemaligen Einfluß in den Betrieben fast restlos verloren haben, schreibt diese Zeitung in wohlerwogener Absicht zu diesen Richtlinien folgenden Kommentar:

„Nach den hier gegebenen Mitteilungen ist mit größeren sozialen Unruhen in der nächsten Zeit bestimmt zu rechnen. Es ist wesentlich schon jetzt darauf hinzuweisen, daß es sich in der Regel um kommunistische Machenschaften handeln wird, die in der Hauptsache aus Wahlrücksichten angewandt werden mit dem Endziel, Deutschland einer neuen Revolution entgegenzutreiben. Beim Betrachten der kommenden Dinge darf dieser Gesichtspunkt nicht aus dem Auge verloren werden."

Diese Darstellung der „Rhein.-Westf. Ztg." zeigt, mit welcher Raffinesse die Lakaien des Unternehmertums darauf warten, daß die Bergarbeiter auf den politischen Leim der Moskowiter kriechen sollen. Die Bergarbeiter sind infolge ihrer reichhaltigen Erfahrungen jedoch so gewitzigt worden, daß sie den Zechenherren die erhofften Freuden nicht machen werden. Die Gewerkschaften werden vor der Oeffentlichkeit kund tun, daß die um ihre kärglichen Existenzbedingungen ringenden Bergarbeiter sich mit aller Deutlichkeit gegen eine demagogische Verdrehung der wirklichen Ursachen dieser sozialpolitischen Kämpfe durch die Unternehmerpresse wenden müssen.

Auch dem letzten Bergarbeiter muß die Wucht des vor uns sich abwickelnden Geschehens die Augen öffnen. Jede Zersplitterung ist ein Vorteil für die Unternehmer und ein Nachteil für die Arbeiter. Lassalle sagte einmal, daß die Arbeiter erst dann zum Erfolg kommen können, wenn sie verstehen lernen, ihre Kräfte auf ein Ziel zu konzentrieren.

Diese Konzentration muß in dem Streben der Gewerkschaft zusammengefaßt werden. Deshalb, Kumpel, führe deine Waffe, werbe und agitiere für deinen Verband!

Nieder mit der politischen und sozialen Reaktion!

An die Mitglieder der freien Gewerkschaften!

Zum zweiten Male in diesem Jahre werdet Ihr an die Wahlurne gerufen. Der Inflationsreichstag, eine zu ernster gesetzgeberischer Arbeit unfähige Körperschaft, ist aufgelöst und in die Hand der Wähler ist von neuem das Schicksal des Deutschen Reiches gelegt worden.

Vor dem Kriege galt die deutsche Arbeiterklasse als die politisch am besten geschulte der Welt. Einig und geschlossen sandte sie bei jeder Wahl in wachsendem Maße ihre Vertreter in den Reichstag und damit wuchs von selbst ihr politischer Einfluß, soweit er in einem Staate, in dem der Reichstag nicht viel mehr als ein schönes Dekorationsstück war, wachsen konnte.

Heute ist der Reichstag ganz etwas anderes. Heute geht die politische Macht vom Volke aus und der Reichstag ist berufen, diese Macht zu verkörpern. Wie er zusammengesetzt ist, ist die Regierung zusammengesetzt, die er halten oder stürzen kann, je nachdem er ihre Arbeit bewertet.

So wählt heute der Wähler nicht nur den Reichstag, sondern auch die Regierung!

Seine Verantwortung bei der Wahl ist damit gegen früher gewaltig gewachsen. Und in dieser Zeit steht die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr einig und geschlossen da. Anstatt dem gemeinsamen Gegner auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete auch dort in geschlossener Front gegenüberzustehen, wo die Machtverhältnisse gesetzliche Formen erhalten, wüten die Arbeiter gegeneinander, wobei sie ihre eigene Macht zerstören. Der Krieg und das Elend der ihm folgenden Jahre haben die politische Erziehung der heranwachsenden Generation verhindert. Das Schlagwort konnte an die Stelle der politischen Einsicht treten. Das muß wieder anders werden.

Es wird von den Leuten, die sich **Kommunisten** nennen und die geschäftsmäßig die Zermürbung und Zerstörung der Arbeiterorganisationen von innen aus betreiben, soviel vom Klassenkampf geredet. Dabei drücken sie eine der wichtigsten Stätten des Klassenkampfes auf dem Boden einer Radaubühne hinunter, in dem Bestreben, den Reichstag und den Parlamentarismus den Arbeitern zu verekeln.

Oder ist der Reichstag keine Stätte des Klassenkampfes?

Ist es für die Arbeiter ohne Bedeutung, ob dort wüste Lärmszenen aufgeführt werden oder **praktische Arbeit** geleistet wird?

Wo wird die Frage entschieden, ob wir den gesetzlichen **Achtstundentag** wieder bekommen sollen? Im **Reichstag!** Wo wird das **Arbeitsgerichtsgesetz**, das **Arbeitsvertragsgesetz**, die **Schlichtungsordnung**, das **Tarifgesetz** gestaltet? Wo wird die **Arbeitslosenversicherung** geschaffen und wo wird die **Reichsversicherungsordnung** den Verhältnissen angepaßt? **Im Reichstag!**

Wo allein ist es möglich, das **Koalitionsrecht** zu sichern und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften durchzusetzen? **Im Reichstag!** Wo wird die **Verteilung der Lasten** gesetzlich geregelt, die der **Dawesplan** uns gebracht hat? Wo wird über die **Zollpolitik** entschieden? **Im Reichstag!** Mit all diesen Gesetzen wird sich der Reichstag, **der am 7. Dezember gewählt** wird, zu beschäftigen haben.

Gewerkschaftsmitglieder! Ihr seht, es handelt sich bei der Wahl nicht allein um hochpolitische Fragen, es geht um euer besonderes Recht. Es geht um die Bedingungen, unter denen ihr in der Fabrik und in der Werkstatt **arbeiten** sollt.

Es geht um euer tägliches Brot!

Eure Klasseninteressen sind es, um die im Reichstag gekämpft wird. Und dieser Kampf kann nicht mit Kindertrompeten geführt werden, wie es die Kommunisten tun, es gilt, **ernste, sachkundige Arbeit** zu leisten.

Gewerkschaftsmitglieder! Es gibt nur **eine Partei**, auf die in alle diesen Fragen Verlaß ist.

Das ist die Sozialdemokratische Partei!

Die bürgerlichen Parteien sind also mehr oder weniger abhängig von euren Klassengegnern, den Unternehmern. Von ihnen könnt ihr keine Hilfe erwarten. Und die Kommunisten? Gerade ihr habt Gelegenheit, deren **Spaltungsarbeit zu beobachten.** Sie sind auf ausländischen Befehl hin nichts anderes als die **Helfershelfer der Reaktion**, die Verderber der Arbeiterklasse.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Gebt eure Stimme der Sozialdemokratischen Partei! Sie war es, die euch durch ihre Volksbeauftragten erst das **Wahlrecht** in Reich, Land und Gemeinde gegeben hat, damit der politischen Einflußlosigkeit des weiblichen Teiles der Bevölkerung ein Ende gemacht werde.

Die deutschen Arbeiter müssen ihrem alten Ruf wieder Ehre machen und ihr, **Gewerkschaftsmitglieder**, ihr seid der **Vortrupp.** Laßt euch nicht einfangen von Schlagworten. Werbt für die Partei ernster proletarischer Arbeit.

Wählt am 7. Dez. sozialdemokratisch!

Der Vorstand des
Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ein Appell der rheinisch-westfälischen Gewerkschaften.

Aus einer Reihe von Gewerkschaftsblättern ist zu ersehen, daß diese Gewerkschaften in demselben Sinne zur Reichstagswahl Stellung genommen haben wie der vorstehende Aufruf des ADGB. Eine Konferenz der rheinisch-westfälischen freien Gewerkschaften, vertreten durch die Bezirksleiter, Sekretäre, Ortsausschüsse, die am 18. November in Duisburg stattfand, nahm ebenfalls Stellung zu dem Thema: Gewerkschaften und Reichstagswahl. Kamerad Limbertz hielt das einleitende Referat. Er schilderte die Erweiterung der Gewerkschaftsaufgaben, wie sie sich nach der Revolution ergeben haben: Kampf für die Erhaltung der Republik, Kampf um die Wirtschaftsdemokratie, energische Einwirkung auf die Gesetzgebung, Arbeit für die Umstellung unserer Wirtschaft im Sinne der sozialistischen Gemeinwirtschaft. Er stellte fest, daß die freien Gewerkschaften nach wie vor selbständig, von keiner politischen Partei abhängig sind, von keiner Befehle entgegenzunehmen. Die ungeheure Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahl zwinge aber die Gewerkschaften, zu den Aufgaben des neuen Reichstags und zu der Haltung der verschiedensten Parteien zu den Gewerkschaftsforderungen Stellung zu nehmen und die Frage zu beantworten, für welche Partei die freien Gewerkschaften eintreten können und müssen. An einem erdrückenden Material der Steuer- und Sozialpolitik wies er nach, daß dies nur die sozialdemokratische Partei sein könne.

Der Vorsitzende faßte das Ergebnis der Konferenz in dem folgenden, einstimmig gebilligten Resumee zusammen:

„Die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zwingen die Gewerkschaften als Massenorganisation der Arbeiterschaft zu **klarer Stellungnahme gegenüber den Reichstagswahlen.**

Bei den diesmaligen Wahlen handelt es sich für die Gewerkschaften mehr wie früher darum, einen Reichstag zu bekommen, der sich klar und eindeutig bekennt zur Sozialpolitik, der Sicherheit und Gewähr dafür bietet, daß das Wirtschaftsleben endlich von den Kämpfen um die Erhaltung des Achtstundentages befreit wird. Die immer erneuten Angriffe der Unternehmer und der gesamten bürgerlichen Welt auf den Achtstundentag müssen durch

gesetzliche Regelung der Arbeitszeit,

die auch die Arbeiterschaft befriedigt, ihr Ende finden. Die versprochene **Ratifizierung des Washingtoner Abkommens** über den Achtstundentag muß erfüllt werden.

Die **staatliche Lohnpolitik** muß den Arbeitern auskömmlichen Lohn sichern, der nicht geschmälert wird dadurch, daß die **Lasten aus dem Londoner Abkommen** einseitig auf die Schultern der nichtbesitzenden Klassen abgewälzt werden. Die gewaltigen Anstrengungen der Unternehmer, jegliche Lohnerhöhung abzuwehren, dürfen keine stille Duldung im Reichsarbeitsministerium finden. Das höchste Wirtschaftsgut, die

Arbeitskraft,
muß vor jeglicher Ausbeutung geschützt werden.

Die Lasten des Londoner Abkommens können nur erfüllt werden, wenn alle Arbeitsfähigen in nutzbringender Produktion verwendet werden, die **Erwerbslosigkeit** muß auf ein Mindestmaß zurückgedrängt werden. Beschleunigte Förderung des Wohnungsbaues wird wertvolle Arbeitsmöglichkeiten für viele Industrien geben.

Die gegenwärtige Erwerbslosenfürsorge ist zur **Arbeitslosenversicherung** mit weitestgehendem Selbstverwaltungsrecht der Beitragszahler umzugestalten mit dem Grundsatz, daß aus **Beitragsleistung Unterstützungsansprüche** entstehen.

Das in Artikel 165 der Reichsverfassung verbürgte

Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse

ist zur Durchführung zu bringen nach den Vorschlägen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Es ist ein unhaltbarer Zustand in einem demokratischen Staatswesen, daß wohl Unternehmerkammern öffentlich und amtlich Anerkennung und Förderung erfahren, den Arbeitern aber gleichwertige Organe versagt werden.

Tariftrecht und **Arbeitsrecht** müssen geschützt und ausgebaut werden, besonders im Hinblick darauf, daß gerade hiergegen die Angriffe der Unternehmer in letzter Zeit stark konzentriert werden, um die Entwickelung der letzten fünf Jahre um fünfzig Jahre zurückzuschrauben.

Im letzten Reichstag wurde der **Bürgerblock** propagiert von denjenigen Kreisen, die Gegner der Sozialpolitik, des Achtstundentages, des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter, ausreichender Löhne, der Arbeitslosenversicherung usw. sind. Die Gewerkschaften befinden sich diesen Kreisen gegenüber stets in Kampfstellung. Deshalb kann und darf es keinen Arbeiter geben, der den Parteien des Bürgerblocks seine Stimme gibt. Keine einzige bürgerliche Partei bietet ausreichende Sicherheit im neuen Reichstag gegen den Gedanken des Bürgerblocks.

Die **Kommunistische Partei** hat immer erklärt, daß sie keine praktische Mitarbeit an der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft an irgendeiner Stelle leisten will. Sie hat dies bewiesen durch ihr Auftreten im Reichstag und im Landtag. **Durch Kindertrompeten und ähnliche Werkzeuge wird die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht aus den Angeln gehoben,** auch nicht durch Zusammengehen mit den Deutschvölkischen bei wichtigen Abstimmungen im Parlament, wie es häufig zum Schaden der Arbeiter geschehen ist.

Die Gewerkschaften sind auf Grund ihrer Kongreßbeschlüsse zu politischer Neutralität verpflichtet. Das bedeutet vor allem die

Aufrechterhaltung der vollen Selbständigkeit gegenüber allen politischen Parteien.

Bei dem wichtigen Volksentscheid, der am 7. Dezember über die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften vorgenommen wird, müssen die Gewerkschaftsmitglieder aber mit allem Nachdruck zur

Stimmabgabe für diejenige politische Partei aufgefordert werden, die unter Anerkennung der Selbständigkeit der Gewerkschaften nicht nur im Wahlkampf für die Forderungen der Gewerkschaften eintritt, sondern zu jeder Zeit alle parlamentarischen Mittel zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen anwandte.

Das kann von keiner anderen politischen Partei gesagt werden, als nur von der **Sozialdemokratischen Partei!** Es ist den Interessen der Arbeiterschaft nicht damit gedient, wenn in der gegenwärtigen Zeit ihre Massenorganisationen eine unklare Haltung in den wichtigen wirtschaftlichen Fragen einnehmen. Es kann angenommen werden, daß die Gewerkschaftsmitglieder für diese Stellung ihrer Organisationen volles Verständnis haben. Unklarheit, Zersplitterung und Uneinigkeit schwächt die Kampfkraft. Der Kampf am 7. Dezember kann nur gewonnen werden durch Beseitigung aller Hemmungen. Das geschieht am besten durch Agitation und Propaganda und durch

Eintreten und Stimmabgabe für die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei.

Neuer Konflikt im Saargebiet.

Die früheren Stumm-Werke in Neunkirchen, deren Aktien sich heute zu 60 Prozent in französischen und zu 40 Prozent in deutschen Händen befinden, wollen eine „Reorganisation" der Werke vornehmen durch Lohnkürzungen und Entlassung bezw. Pensionierung von 800 Arbeitern.

Der Arbeiterausschuß erklärte sich bereit, bei Sparmaßnahmen und Rationalisierung der Betriebe mit tätig zu sein, Entlassungen und Lohnkürzungen seien aber für ihn undiskutabel. Zu dieser Mitarbeit sei natürlich Einblick in den Betrieb nötig.

Die Direktion begründete die beabsichtigten Maßnahmen damit, daß das Werk monatlich 2 Millionen Frank Zuschuß erforderte.

In dem Geschäftsbericht, der Mitte September d. J. der Generalversammlung vorgelegt wurde, hieß es aber noch, daß im abgelaufenen Jahre ein nicht unbeträchtlicher Gewinn erzielt werden konnte und daß die Lage am Schluß des Berichtsjahres auf eine günstige Entwicklung des neuen Geschäftsjahres hoffen lasse.

Mittlerweile haben die Herren Stumm und Röhlmann in Berlin ihre französischen Geschäftsfreunde anscheinend für das deutsche Scharfmacherprogramm gewonnen.

Das Reichsknappschaftsgesetz in Gefahr!

Als am 23. Juni 1923 der vorletzte Reichstag nach langwierigen Verhandlungen das Reichsknappschaftsgesetz angenommen hatte, atmeten die Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen erleichtert auf; konnten sie doch nach der Annahme des Gesetzes die nicht unberechtigte Hoffnung hegen, daß für sie nach den traurigen Jahren der Inflation auch bessere Zeiten kommen werden, in denen sie nicht mehr auf die Armenfürsorge der Gemeinden angewiesen sein würden. Die Genugtuung über das Reichsknappschaftsgesetz hatten aber nicht nur die arbeitsunfähigen Bergarbeiter, sondern auch die gesunden. Auch sie brauchten nunmehr der Zeit ihrer Arbeitsunfähigkeit nicht mehr mit so großer Sorge entgegensehen, weil die Bestimmungen des Reichsknappschaftsgesetzes ihnen, wenn auch keine übergroße, so doch eine Rente versprachen, die man als solche auch ansprechen konnte, und die nicht mit den Bettelpfennigen zu vergleichen war, die während der letzten Jahre von den Knappschaftsvereinen als Bedürftigkeitszulagen den Invaliden, Witwen und Waisen gegeben wurde.

Das Reichsknappschaftsgesetz ist aber nicht allseitig mit Genugtuung begrüßt worden. Die Unternehmer des Bergbaues hatten ihm bereits bei seiner Geburt den Tod geschworen. Nach ihrer Auffassung waren die Leistungen, die das Reichsknappschaftsgesetz vorsah, nicht tragbar. Aus dieser Einstellung ist ihr Verhalten in der Gründungsversammlung des Reichsknappschaftsvereins in Dresden zu verstehen, wo bekanntlich keine Satzung zustande kam, so daß der Reichsarbeitsminister eine Zwangssatzung erlassen mußte. Daß das Reichsknappschaftsgesetz auch beim Reichsarbeitsministerium keine warmen Befürworter hatte, das ging hernach aus der Einstellung des Reichsarbeitsministers zu diesem Gesetz hervor. Bereits Ende vorigen Jahres hatte der Reichsarbeitsminister einen Entwurf ausgearbeitet, welcher eine Aenderung des Gesetzes vorsah und zwar sollten die 40 Prozent, die nach 25jähriger Dienstzeit gewährt werden müssen, auf 25 Prozent gemindert werden. Daß der Abänderungsentwurf nicht Gesetz wurde, ist nur darauf zurückzuführen, daß der vorletzte Reichstag keine Hand bot, ihn zum Gesetz zu erheben. Das Reichsarbeitsministerium hat es auch an dem einen Versuch, das Gesetz zu ändern, nicht genug sein lassen, sondern sogar noch im Februar 1924 Anstrengungen gemacht, um das Gesetz auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu ändern, aber auch das ist ihm nicht gelungen.

Die Unternehmer des Bergbaues, die in den letzten Monaten alle möglichen Beweise brachten, daß die Lasten nach dem Reichsknappschaftsgesetz untragbar seien, haben ihre Hoffnung auf die Aenderung des Gesetzes noch immer nicht aufgegeben. Sie erwarten bestimmt, daß der neue Reichstag ihnen in dieser Hinsicht mehr entgegenkommt. Anders läßt sich das Verhalten der Werksvertreter nicht erklären. Wir führten bereits in dem Bericht über die Bezirksversammlung der Ruhrknappschaft an, daß Generaldirektor Wiskott erklärte, daß sie die Sondervorschriften, wie sie von den Versicherten vorgeschlagen sind, ablehnen müssen, **weil eine Aenderung des Reichsknappschaftsgesetzes zu erwarten sei. Man darf die Ausführungen der Unternehmer nicht als Bluff ansehen. Wenn sie in einer solchen bestimmten Form was sagen, so steckt sicher etwas dahinter. Das Reichsknappschaftsgesetz muß demnach im höchsten Maße bedroht sein. An den Bergarbeitern, den Knappschaftsinvaliden und Witwen liegt es, dafür zu sorgen, daß die Rechnung der Unternehmer ohne den Wirt gemacht worden ist. Sie haben es am 7. Dezember in der Hand, einen Reichstag zu wählen, der in sozialpolitischer Einsicht nicht rückwärts, sondern vorwärts schreiten wird.**

Renten in der Unfallversicherung.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Industrie- und Handelstages forderte auf seiner letzten Tagung, daß die kleinen Renten in der Unfallversicherung **bis zu 30 Prozent** entschädigungslos zu beseitigen seien. Die Vollrenten für Schwer- und Leichtverletzte seien verschieden zu bemessen (für erste wie bisher 66⅔ Prozent und für letztere 33⅓ Prozent des Jahresarbeitsverdienstes). Die Kapitalabfindung von Inländern müsse erweitert werden.

Mit dieser Forderung übertrifft der Industrie- und Handelstag noch die Absicht, die das Reichsarbeitsministerium, nach einer Nachricht in der „Kreuz-Ztg.", bei der Aufstellung seines Entwurfes eines „Zweiten Gesetzes über Aenderungen der Unfallversicherung" leitete. Nach diesem Entwurf sollen die kleinen Renten **unter 20 Prozent** fortfallen. (Für die festgesetzten kleinen Renten sollen geringe Abfindungssummen gezahlt werden, während künftighin solche Renten nicht mehr festgesetzt werden!) Die Vollrente der Leichtverletzten soll 50 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes betragen, während sie für Schwerverletzte von 66⅔ auf 70 Prozent erhöht werden soll. Die Kapitalabfindung soll bei einer Rente bis zu 33⅓ Prozent möglich sein (jetzt 20 Prozent).

Sollte der neue Reichstag dem Verlangen des Industrie- und Handelstages stattgeben, so würden die Unfallverletzten schwer geschädigt werden. So würde z. B. für den Verlust eines Auges, den Verlust des rechten Daumens und Zeigefingers bezw. den Verlust je zweier anderer Finger oder den Teilverlust eines Fußes usw. eine Rente nicht mehr gezahlt werden.

Aber auch durch die beabsichtigte verschiedenartige Berechnung der Vollrente werden die Leichtverletzten gegenüber dem früheren Zustand geschädigt werden. Bei einem Jahresarbeitsverdienst von 1800 Mark beträgt die Vollrente monatlich 100 Mk. Bei einem Leichtverletzten würde sie nach dem Vorschlage des Industrietages 50 Mk. und nach dem Vorschlage des Reichsarbeitsministeriums 75 M. monatlich betragen.

Der Abbau der kleinen Renten bis zu 30 Prozent (oder 20 Prozent nach dem Willen des Reichsarbeitsministeriums) wird damit begründet, daß sie wegen ihres geringen Betrages wirtschaftlich ohne Bedeutung seien. Selbst wenn dem Vorschlage des Industrietages entsprechend die Vollrente für Leichtverletzte nur 33⅓ Prozent des Jahresarbeitsverdienstes betragen soll, ist auch ein monatlicher Betrag von 5, 10 oder 15 Mk. für 10, 20 oder 30 Prozent Rente keineswegs für den Verletzten so unbedeutend, daß er einfach entbehrt werden könnte. Es ist auch nicht richtig, daß derartig Verletzte gegenüber ihren Mitarbeitern auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht geschädigt sind. Wenn auch der Einzelne auf seiner alten Arbeitsstelle den gleichen Tariflohn wie ein Nichtverletzter erzielen kann, so wird er doch bei einem Arbeitswechsel zurückstehen müssen, da jeder Arbeitgeber dem Nichtbeschädigten den Vorzug gibt.

Es ist deshalb höchst unsozial, die kleinen Renten zu beseitigen. Mit der Begründung der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit lassen sich aber auch späterhin die Renten bis zu 50 Prozent beseitigen, da ja nach dem Willen des Industrietages — nach dem oben angeführten Beispiel — eine Rente von 40 Prozent auch nur 20 Mk. und von 50 Prozent nur 25 Mk. monatlich betragen wird. **Die verschiedenartige Berechnung der Vollrente muß deshalb ebenfalls abgelehnt werden.** Der Gedanke der Haftpflicht des Unternehmers wird bei solcher Rentenberechnung ganz und gar verwischt. Wo bleibt denn diese Haftpflicht, wenn der Verletzte den Schaden ganz oder zu zwei Drittel und mehr selbst tragen muß?

Was not tut, ist nicht ein Abbau der Renten, sondern eine schleunige Wiederherstellung der alten Goldrenten. Es ist mehr als ein Skandal, daß nach der Stabilisierung der Währung noch die Renten von 10 und 15 Prozent mit 1 Mk. vierteljährlich abgegolten werden, während die anderen kleinen Renten auch nicht viel höher sind, 20 Prozent = 5 Mk. und 40 Prozent = 10 Mk. monatlich.

Ueberall macht sich die drohende soziale Reaktion bemerkbar. Wenn es den Vertretern dieser Reaktion gelingt, im nächsten Reichstag den Rechtsblock der Besitzenden zu bilden, wird die Welle einer sozialreaktionären Gesetzgebung über Tausende von Hilfsbedürftigen Not und Elend schwemmen.

Die Bergarbeiter müssen deshalb dafür sorgen, daß im kommenden Reichstag in entscheidender Anzahl Abgeordnete vertreten sind, die den Willen haben, im Interesse der schaffenden Bevölkerung praktische Arbeit zu leisten, und das sind die Vertreter der SPD.

Verschärfung der Gegensätze in der Ruhrknappschaft.

Die Werksvertreter verlassen demonstrativ die Bezirksversammlung.

Die bisherigen Organe der Bezirksknappschaftsvereine sowie des Reichsknappschaftsvereins sind von Vertretern gewählt worden, die selbst aus dem alten Wahlsystem hervorgingen. Diese Regelung, die durch das Einführungsgesetz zum Reichsknappschaftsgesetz getroffen wurde, war natürlich nur als vorläufig zu betrachten. Die endgültigen Organe mußten von Vertretern gewählt werden, die selbst nach dem neuen Wahlsystem gewählt worden sind. Die Aeltestenwahlen haben in diesem Sommer stattgefunden. Nachdem sie in allen Bezirksknappschaftsvereinen getätigt worden sind, konnten auch die Vertreter in die Bezirksversammlungen gewählt werden. Im Laufe der letzten Wochen traten überall die Bezirksknappschaftsversammlungen zusammen. Die Bezirksversammlung der Ruhrknappschaft, die aus 27 Arbeitervertretern, 3 Angestelltenvertretern und 30 Vertretern der Werke besteht, fand am 15. November 1924 im Verwaltungsgebäude des früheren Allgem. Knappschaftsvereins statt. Sie hatte folgende Tagesordnung zu erledigen:

1. Wahl der Vertreter in den Bezirksvorstand.
2. Wahl der Vertreter zur Hauptversammlung des Reichsknappschaftsvereins.
3. Wahl eines Ausschusses zur Prüfung und Abnahme der Krankenkassen-Jahresrechnung.
4. Wahl der Mitgliederklasse für die Pensionskasse und Zustimmung zur Einreihung der Mitglieder des ehemaligen Ibbenbürener und des Georgsmarienhütter Knappschaftsvereins in eine andere Mitgliederklasse.
5. Erlaß von Sondervorschriften.

Da der erste Vorsitzende der Ruhrknappschaft, Geheimrat Dr. Dr. Dr. Weidtman, durch Krankheit verhindert war, mußte der 2. Vorsitzende, Kamerad Fritz Viktor, die Versammlung eröffnen und leiten. Die Wahl der Vertreter in den Bezirksvorstand und zur Hauptversammlung des Reichsknappschaftsvereins ging glatt vonstatten. Im Bezirksvorstand erhielt unser Verband von 13 Arbeitervertretern 7, der christliche Gewerkverein 4 und die Union 2. Von den 2 Angestelltenvertretern im Bezirksvorstand gehört 1 der AfA und 1 der christlichen Richtung an. In die Hauptversammlung sind 12 Verbandsdelegierte, 7 Christliche und 3 Unionisten gewählt worden. Die AfA hat von 5 Vertretern in die Hauptversammlung 3 erhalten.

Bei der Wahl des Ausschusses zur Beratung und Abnahme der Krankenkassen-Jahresrechnung ist 1 Verbandskamerad und 1 Vertreter der AfA gewählt worden. Die Wahl des dritten Vertreters ist zweifelhaft, weil nach dem Beschlusse des Vorstandes der Ausschuß aus zwei Arbeitern und einem Angestellten gebildet werden sollte. Da die Christen einen Angestelltenvertreter als ersten auf ihre Liste gesetzt haben, würden, wenn dessen Wahl gültig sein sollte, dem Ausschuß zwei Angestellten- und ein Arbeitervertreter angehören. Damit erklären sich unsere Kameraden aber nicht einverstanden, da die Krankenkasse in erster Linie die Arbeiter betrifft und nicht einzusehen ist, daß zwei Angestellte in diesem wichtigen Ausschuß wirken sollen.

Der Punkt 4 der Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden abgesetzt, da sein erster Teil durch Punkt 5 der Tagesordnung erledigt werden konnte und über den zweiten Teil die Bezirksversammlung nicht verhandeln konnte, weil der Vorstand den Antrag des Ibbenbürener und Georgsmarienhütter Knappschaftsvereins nicht befürwortet hatte.

Während die vier ersten Punkte der Tagesordnung ohne Zwischenfall erledigt werden konnten, kam es beim letzten Punkt „Erlaß von Sondervorschriften“ zur Sprengung der Bezirksversammlung. Es lagen zu diesem Punkte verschiedene Entwürfe vor. Ein Entwurf von Sondervorschriften wurde gemeinsam von Versichertenvertretern des Bergarbeiterverbandes und des christlichen Gewerkvereins eingereicht. Dazu hatte die AfA Ergänzungsanträge gestellt. Auch die Unionisten hatten eine Vorlage eingereicht. Zur Begründung der ersten Vorlage erhielt unser Kamerad Wetzel aus Wickede-Asseln das Wort. Er betonte, daß die Versichertenvertreter den Entwurf eingebracht hätten, um ihre Lage, die auf dem Gebiete der Krankenversorgung eine elende sei, zu verbessern. Es wäre ein großes Unrecht, daß noch immer die 10 Prozent für die Arznei von den Kranken an die Apotheker gezahlt werden müßten. Das Krankengeld von 50 Prozent des Grundlohnes sei zu niedrig. Es sollte mindestens 60 Prozent betragen und durch Kinderzuschläge bis zu 75 Prozent gesteigert werden können. Auch die bisherige Berechnung der Lohnstufen sei ungerecht. Die Berechnung, wie sie der Entwurf vorsehe, sei gerechter. Das Sterbegeld für die Krankenkassenmitglieder von 20 Prozent des Grundlohnes sei viel zu niedrig, es müßte mindestens auf den 30fachen Betrag erhöht werden. Ebenso müßten die Familienangehörigen der Krankenkassenmitglieder Sterbebeihilfen erhalten. Als ein Zeichen des sozialen Rückschritts sei es zu betrachten, daß hier vieles wieder beantragt werden müßte, was die Knappschaftsmitglieder bereits früher besaßen. Namentlich die Familienhilfe, die den Bergarbeitern genommen sei, wird von ihnen schmerzlich vermißt. Er müßte die Werksvertreter daran erinnern, daß viele Arbeiterkinder ohne ärztliche Hilfe dahinsiechen und sterben. Denn nicht alle Aerzte sind so human, daß sie manchmal ohne Bezahlung Kinder armer Bergarbeiterfamilien behandeln. — Nachdem Wetzel noch die Steigerung der Rente nach 25 Dienstjahren und das Wiederaufleben verlorener Anwartschaft näher begründete, bemerkte er, daß es auch bei dem Reichsknappschaftsgesetz zutreffe, daß die Bergarbeiter denken, die Juristen und Direktoren aber lenken. Er ersuchte die Werksvertreter, den von ihm begründeten Entwurf anzunehmen.

Als Wetzel geendet hatte und noch mehrere Redner zur Begründung der Vorlagen das Wort wünschten, wurden die Werksvertreter unruhig, da sie noch eine längere Verhandlung über diesen Gegenstand befürchteten. Generaldirektor Wiskott gab deshalb zu verstehen, daß die Werksvertreter von der ihnen in der Vorstandssitzung abgegebenen Erklärung nicht abgehen würden. (In der Vorstandssitzung erklärte Herr Wiskott kurz, daß die Werksvertreter nach wie vor grundsätzlich jede Mehrleistung ablehnen, aber auch deswegen, weil eine Aenderung des RKG. bald zu erwarten sei.) Da die Vertreter der Aeltesten, die sich zu diesem Punkte zu Worte gemeldet hatten, auch nach der Erklärung von Wiskott nicht auf das Wort verzichteten, wurde die Aussprache fortgesetzt. Vom christlichen Gewerkverein sprach der Aelteste Goerke. Er versuchte, mit Zahlen nachzuweisen, daß die Familienhilfe auch bei den jetzigen Beiträgen gewährt werden könnte. Der Aelteste Trautmann begründete die Anträge der Union. Nachdem noch der Angestelltenvertreter Schöttler gesprochen hatte, nahm Generaldirektor Wiskott nochmals das Wort und betonte, daß nichts zugestanden wird, weil die Wirtschaft das nicht tragen könne.

Als der Verbandsälteste Gareis aus Lütgendortmund noch einige Ausführungen machte, schien die Versammlung ihr Ende zu nehmen. Jedoch reichte noch vor Schluß der Rednerliste Kamerad Wetzel eine Entschließung ein, die von mehreren Verbands- und christlichen Aeltesten unterschrieben war und über die eine Verhandlung und Abstimmung gewünscht wurde. Da aber die Bezirksversammlung nur über Fragen verhandeln konnte, die zur Tagesordnung standen, konnte über die Entschließung nicht verhandelt werden. Die Aeltesten hätten höchstens eine Erklärung abgeben können. Zur Abgabe einer solchen Erklärung nahm auch Kamerad Wetzel das Wort. In dieser Erklärung bedauerten die Aeltesten, daß die Werksvertreter die Sondervorschriften ablehnten. Als Wetzel zu dem Satz kam: **„Die Versicherten klagen die Werksbesitzer besonders an, da sie noch nicht einmal die der Arbeiterschaft wider Treu und Glauben, wider Gesetz und gute Sitten geraubte Familienhilfe wiedergeben“**, erhoben sich die Werksvertreter von ihren Sitzen, als Wetzel bei „Treu und Glauben“ und als W. das Wort „gute Sitten“ aussprach, begannen sie den Saal zu verlassen, weil der Vorsitzende sie nicht sofort vor den Anwürfen des Redners in Schutz nahm. Kamerad Viktor, der bei Einsetzen der Unruhe nur mit der Glocke warnte, konnte nicht eingreifen, denn bevor W. den ganzen Satz nicht ausgesprochen hatte, konnte er gar nicht beurteilen, ob hier eine Beleidigung für die Werksvertreter herauskommen würde. Nimmt man nämlich den angezogenen Satz wörtlich, dann kommt darin nur zum Ausdruck, daß die Versicherten den Werksvertretern nur den Vorwurf machen, daß sie die Familienhilfe nicht wiedergeben wollen. Es wird aber nichts davon gesagt, daß die Familienhilfe wider Treu und Glauben, Recht und Gesetz und gute Sitten von den Werksvertretern geraubt worden ist. Jedenfalls konnten andere damit gemeint sein, da den Verbandsältesten bekannt war, daß der Abbau der Mehrleistungen der Krankenversicherung in erster Linie auf das Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Reichskommissar zur Durchführung des Reichsknappschaftsgesetzes zurückzuführen war, in welchem er vorschrieb, daß, nachdem der Reichstag einer Herabsetzung der Rente von 30 auf 25 Prozent nicht zugestimmt hatte, nur die Pflichtleistungen zu gewähren waren. Es hätte zumindest erst mal einiges klargestellt werden müssen. Durch das voreilige Hinausgehen haben die Werksvertreter selbst diese Klarstellung verhindert. Kamerad Viktor konnte deshalb nur feststellen, daß die Werksvertreter hinausgegangen sind, ohne sein Verhalten abzuwarten. Nachdem die Werksvertreter hinausgegangen, war die Bezirksversammlung beschlußunfähig. Der Vorsitzende stellte dies fest und schloß die Sitzung.

Der objektive Beobachter der Vorgänge mußte den Eindruck gewinnen, daß die Werksvertreter den Ueberempfindlichen spielten, weil es ihnen nicht paßte, daß ein Arbeitervertreter die Bezirksversammlung leitete, wo sie doch früher nur allein den Ton angaben. Wenn der Ausgang der Bezirksversammlung der Ruhrknappschaft andeuten soll, wie die fernere Zusammenarbeit in der Knappschaft vor sich gehen wird, so ist von dieser Arbeit nicht viel zu erwarten. Der Gedanke der Gleichberechtigung für Versicherte wie Werksvertreter, der dem Reichsknappschaftsgesetz zugrunde liegt, wird nicht fruchtbringend wirken.

Die Unternehmer haben die schwache Stelle des RKG., nämlich die über die Gewährung der Mehrleistungen der Krankenversicherung, erkannt, und sind nicht eher gewillt, etwas nachzugeben, bis daß die Leistungen der Pensionskasse in ihrem Sinne gemindert werden. Praktisch läuft dies darauf hinaus, daß die Knappschaftsreform hinsichtlich der Pensionskasse, die von den Versicherten in erster Linie erstrebt wurde, in der Hauptsache ungeschehen gemacht werden soll. Doch dies werden sich die Bergarbeiter nicht gefallen lassen. Wie voreingenommen die Unternehmer gegen die Sozialversicherung sind, beweist der Ausspruch des Generaldirektors Wiskott, der in der Bezirksversammlung sagte, daß es nicht mehr so ginge wie früher, wo immer nur gefordert wurde und die Wirtschaft es tragen mußte. Dabei weiß alle Welt, daß während der Inflationszeit die Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung gleich Null war. Der Beitrag zur Pensionskasse betrug 9 Papiermark monatlich, das Krankengeld war so gering, daß es nur ein Bruchteil des Friedenskrankengeldes ausmachte, die Lasten für die Unfallversicherung während der Inflationszeit hat der Staat durch die Zahlung der Postvorschüsse fast allein getragen, die Reichsinvaliden- und Hinterbliebenenversicherung spielte überhaupt keine Rolle. Die Privatwirtschaft, namentlich der Großkapitalismus, hat aber durch seine Kreditinanspruchnahme und durch seine Vergünstigung der Inflation die Milliarden-Goldmarkbeträge der Sozialversicherung geschluckt.

✿ ✿

Hauptversammlung des Reichsknappschaftsvereins.

Die erste Hauptversammlung des RKV. soll am 17. Dezember 1924 in Leipzig stattfinden. Die Hauptversammlung wird von Vertretern der Versicherten und der Werke gebildet, die in der Bezirksversammlung zu wählen sind.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Schweres Seilunglück auf Zeche Zollverein.

Am 18. November hat sich auf der Zeche Zollverein ein schweres Unglück ereignet. Als vier Bergleute im blinden Schacht den Förderkorb benutzen wollten, riß das Seil und der Korb stürzte in die Tiefe. Zwei der Verunglückten sind auf dem Transport, einer am anderen Morgen gestorben, während der vierte schwere Verletzungen davongetragen hat. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt.

Das Dommeldinger Schichtwechselsystem verboten.

In den Kokereibetrieben der Firma Friedrich Thyssen in Hamborn ist entgegen den gesetzlichen Bestimmungen das sogenannte Dommeldinger Schichtwechselsystem durchgeführt. Nach diesem System erhalten die Arbeiter nur alle 20 Tage eine 18stündige Ruhezeit. Diese Ruhezeit fällt nur zum geringen Teil auf die Sonntage. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe werden hierdurch außer Acht gelassen. Hinzu kommt, daß die im Schiedsspruch vom 16./27. Mai 1921 vorgesehene Arbeits- bezw. Schichtzeit überschritten wird, die Bezahlung für die Mehrarbeit wird dagegen seitens der Verwaltung abgelehnt. — Die Schiedsstelle, die gemäß Ziffer II, 3 des Schiedsspruches vom 27. Mai 1921 in solchen Streitfragen endgültig und bindend entscheidet, befaßte sich in ihrer 17. Sitzung am 13. Novbr. 1924 mit dieser Frage und fällte folgende Entscheidung:

„Der Beklagten wird aufgegeben, die Arbeitszeit bei ihrer Kokerei Bruckhausen-Hamborn nach Ziffer II, 2b des Schiedsspruches vom 16./27. Mai 1921 einzurichten. Die über insgesamt 62 Stunden im Wochendurchschnitt in Anspruch genommene Arbeitszeit ist mit . des tariflichen Entgelts je Wochenstunde bezw. anteilig je Bruchteil einer Stunde zu vergüten. **Die Anwendung des Dommeldinger Systems ist nicht zulässig.** Der Beklagten wird aufgegeben, die vorstehend vorgeschriebene Arbeitszeit bezw. Schichtzeit sofort, jedoch spätestens am 21. November 1921 durchzuführen.“

In den Nummern 11 und 15 der „Bergarb.-Ztg.“ haben wir bereits darauf hingewiesen, daß die Bergbauunternehmer die im Schiedsspruch vom 27. Mai vorgesehene Arbeitszeit nicht einhalten bezw. die gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitszeit und Sonntagsruhe unbeachtet lassen. Dieser Fall zeigt erneut die Notwendigkeit, daß sich auch die Oeffentlichkeit mit diesen Fragen befaßt. Wir möchten an dieser Stelle auch die Staatsanwaltschaft auf die sich im Bergbau abspielenden rigorosen Verletzungen der gesetzlichen Bestimmungen hinweisen mit dem dringenden Ersuchen, die Bergbauunternehmer zur Verantwortung zu ziehen.

Hannover, Braunschweig, Hessen, Lippe.

Mitteldeutsche Bezirkskonferenz des Bergarbeiterverbandes.

Am 16. November fand in Cothen eine sehr stark besuchte Bezirkskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands statt. Kamerad Reddmann (Halle) erstattete den von der Konferenz beifällig aufgenommenen Halbjahresbericht an den sich eine lebhafte Diskussion anschloß, die Zeugnis davon ablegte, daß die Kameraden geschlossen und einstimmig hinter ihrer Verbandsleitung stehen. Einen breiten Raum nahm in den Verhandlungen die Lohn- und Arbeitszeitfrage ein. In teilweise ergreifenden Worten schilderten die Bergarbeiterdelegierten ihre traurige Lebenslage infolge der geradezu miserablen Entlohnung. Den Kassenbericht erstattete Kamerad Abendroth.

Ein gleichfalls beifällig aufgenommenes Referat über die derzeitige wirtschaftspolitische Lage hielt Kamerad Schmidt (Bochum). Er wies ganz besonders darauf hin, daß es die Arbeitgeber glänzend verständen, die öffentliche Meinung und das Arbeitsministerium in ihrem Sinne zum Schaden der Bergarbeiter zu beeinflussen. Die Konferenz nahm als Ergebnis der Verhandlungen einstimmig folgende Entschließung an:

„Die am 16. November 1924 in Cothen tagende mitteldeutsche Bezirkskonferenz des Bergarbeiterverbandes beschließt:

Die Bergarbeiter des mitteldeutschen Braunkohlen-, Kali- und Erzbergbaues sind durch die fortwährend steigenden Lebenshaltungskosten, verursacht durch eine maßlose Preistreiberei, in ein Stadium hoher Verelendung gekommen. Die Löhne entsprechen nicht im geringsten den allernotwendigsten Lebensbedürfnissen.

Ohne eine wesentliche Lohnerhöhung muß zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft die Leistungs- und Produktionsfähigkeit stark beeinträchtigt werden.

Die Konferenz fordert die Verbandsleitung auf, eine wesentliche Lohnerhöhung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu erwirken.

Die zwangsmäßige Arbeitszeitverlängerung widerspricht gegenwärtig jeder volkswirtschaftlichen Notwendigkeit. Die Wiedereinführung des Achtstundentages muß mit höchster Energie gefordert werden. Die gegenwärtige Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges ermöglicht die Durchführung der Forderungen.

Das mangelnde Verständnis der Reichsregierung für die elende Lage der Bergarbeiter läßt ein Entgegenkommen von dieser Stelle nicht erwarten. Erfolge sind nur, gestützt auf eine starke Organisation, möglich. Um höhere Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erkämpfen, fordert die Konferenz die abseits stehenden Kameraden auf, sich sofort dem Bergarbeiterverbande anzuschließen.

Jeder unorganisierte Kamerad ist ein Bundesgenosse der Arbeitgeber und verschlechtert bewußt die Lebenslage seiner Kameraden.“

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 48. Woche (vom 23. bis 29. November) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bücherrevision.

Gelsenkirchen II. Im Dezember. Zwecks Kontrolle werden die Mitgliedsbücher von der Ortsverwaltung eingezogen.

Werden (Ruhr). Im Dezember.

Viel Geld

sparen tausende Raucher durch direkten Bezug in meiner Fabrik!

Schutzmarke.

Zeugnis: Herr H. Becker schreibt: Teile mit, daß ich jetzt die 200ste Sendung bestellt habe. Die Sendungen sind zur größten Zufriedenheit ausgefallen.

Um auch Sie als Kunden zu gewinnen, liefere ich Ihnen zur Probe 4 × 100 Gramm Tabak (je 100 gr einer Sorte) nach Ihrer Wahl portofrei geg. Nachn.

Preis solange möglich versteuert das Pfund Gold-Mark:

Landmannstabak	Grobschnitt	0,95	Köllwelt	Mittelschnitt	1,65
Sparkanaster		1,40	Post und Bahn		2,15
Förster-Tabak		2,10	Furtlem-Shag		2,35
Farmer-Tabak		2,30	Holländerkanaster		2,45
Pastoren-Tabak		2,50	Weltruf		2,65

Steuerl beg. Feinschnitte in 50 u. 100 gr der Pfd 3,40 u 3.80 G.-M.

Alles gegen Nachnahme. Verpackung frei. Von 3 Pfd. an franko, liefert die alte berühmte

Rauchtabakfabrik „Weltruf“
Emil Köller, Bruchsal Nr. 169 (Baden)
eingerichtet mit den vollkommensten Tabakfabrikationsmaschinen

Inserate in der „B.-Ztg.“ bringen Erfolg!

Was schenke ich meinen Kindern Weihnachten 1924?

Serie I (15 Gegenstände)
1 Puppe, ca. 26 cm. gekleidet m. Schuh. u. Strümpf. u. Schlafaugen im Karton.
1 Spiel „Pickende Hühner“, reizendes Holzspielzeug für Knaben u. Mädchen.
Der Tanzaffe, ca. 20 cm, mit Pelzfell.
1 Kaffeeservice, farb. bemalt, unzerbr.
1 Gesellschaftsspiel mit Beschreibung (Würfelspiel).
1 singender Vogel mit Beschreibung. Schönster Vogelgesang.
Das Kino in der Westentasche. Neuartige Spielerei.
1 Märchenbuch. Reizende Erzählung.
1 Mundharmonika.
1 Federkasten (Holz).
1 Bilderbuch.
1 Notizbuch.
1 Vexierball.
1 sterbend. Schwein, Gummi m. Stimm.
1 Tute mit Stimme.

oder Serie II (6 Gegenstände)
1 Teddy-Bär, ca. 40 cm, dauerh. Plüsch mit beweglichen Armen und Stimme.
1 Puppe, ca. 26 cm, gekleidet m. Schuhen und Strümpfen und Schlafaugen.
Der Tanzaffe, ca. 20 cm, mit Pelzfell.
1 singender Vogel mit Beschreibung. Schönster Vogelgesang.
1 Kaffeeservice, farb. bemalt, unzerbr.
Das Kino in der Westentasche. Amüsante Spielerei.

Jede Serie 4,75 M.

Versand nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Für Verpackung und Portospesen wird 1 M. in Rechnung gestellt.

Groß-Versand Berlin W - IX 30 Luitpoldstr. 36. **Heilbron & Co.** Postscheck-Konto: Berlin 95879

Verlangen Sie unsere Geschenk-Preisliste über **Uhren, Lederwaren, Wirtschaftsartikel.**

Die echte extrastarke **Walthorius Hienfong** (Destillat) erhalten Sie zu Friedenspreisen in fast allen Apotheken und Drogerien, wo nicht, beim Hersteller Laboratorium E. Walther, Halle a. S., Mühlweg 20. Probeflasche gratis und franco.

Bettnässen
Befreiung garant. sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft gratis.
Versandhaus Frauendank, München 88c, Tal 52

Achtung! Preisabbau!
Fahrrad-Bereifung

Wulstdecken	28 × 1½, prima grau	3,-	Mk.
„	28 × 1½, extra pa. weiss	4,-	„
Bergdecken	28 × 1½, prima grau	4,-	„
„	28 × 1½, extra pa. weiss	5,-	„
Luftschläuche	28 × 1½, extra pa. grau	1,-	„
Elektr. Lichtmotor, komplett		14,-	„

Sohlenplatte extra prima Qual., besser und haltbarer als Leder, Platte 10 Paar Sohlen 2.50 Mk. — Versand unter Nachnahme, solange Vorrat. — Porto und Verpackung wird bei Aufträgen über 20 Mark nicht berechnet.

E. H. Meyer. Gummiwarenvertrieb
Frankfurt a. M. 1, Schließfach 206

Prima **Eiderfettkäse** 9 Pfd. M. 6,00 franko liefert Dampf-Käsefabrik, Rendsburg 135.

Für jeden zugänglich! Postversand in 4 Liter-Dosen:
Prima Rollmops 4,20
„ Delikateßheringe 4,00
„ Bratheringe 4,10
frei jeden Orts gegen Nachnahme.
Hans Matthiesen, Eckernförde a. d. Ostsee.

Neue Armee- Jagd- und Gebirgsschnürstiefel, Doppeltsohlen, unverwüstl., garant. wasserdicht, Mk. 10,—, 3 P. Mk. 27,—, 6 P. Mk. 50,—. — Nachnahme.
Fr. Fischer, Aachen 115, Thomashofstraße 19.

Wichtig für Bergarbeiter! Jeder sein eigener Klempner.
Hauslötapparat „Blitz“ m. Zubehör u. Anleitung z. Reklamepreis von 1,80 Mk. franko Nachn.
Versandhaus Möbius, Großzschocher (Thür.)

Togal
hervorragend bewährt bei:
Gicht, Rheuma, Ischias, | Grippe, Nerven- und Kopfschmerzen.
Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Klinisch erprobt. — **In allen Apotheken erhältlich**
Best. 64,3% Acid acet. salic., 0,406% Chinin. 12,6% Lith. ad 100 Amyl.

Warmer Pudding

hergestellt nach dem folgenden

Oetker-Rezept

ist eine ausgezeichnete nahrhafte und wohlschmeckende Speise und kostet

nur 1 Mk. 73 Pfg.

250 g Nierenfett, gehackt, Pfd. ca. 0,60	M.	0,30
125 g Zucker Pfd. ca. 0,45	„	0,12
3 Eier St. ca. 0,10	„	0,30
1¼ Pfd. Weizenmehl Pfd. ca. 0,24	„	0,30
1½ Päckchen von Dr. Oetker's „Backin"	„	0,12
Etwas Salz	„	—
½ Liter Milch Lt. ca. 0,33	„	0,17
1 Handvoll Mandeln, fein gewiegt ca.	„	0,10
Die Schale einer halben Zitrone ca.	„	0,05
	M.	1,73

*

Zubereitung. Nierenfett, Zucker, Eigelb und Mehl, dieses mit dem Backin gemischt, verrührt man, gibt die Milch, die Mandeln, Zitronenschale, etwas Salz und den Schnee des Eiweiß hinzu. Dann füllt man die Masse in eine mit Butter bestrichene und mit Reibbrot bestreute Puddingform und läßt rund 2 Stunden im Wasserbad kochen. Statt in einer Puddingform kann man auch den Pudding in einer gewöhnlichen Kuchenform im Bratofen backen. Man trägt heiß auf und reicht eine Weinschaum-Sauce dazu.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Nährmittelfabrik, Bielefeld.

*) Eingetretene Preisschwankungen sind zu berücksichtigen.

Eine frohe Botschaft

für alle Gicht- und Rheumatismuskranke.

Schmerzen in den Gliedern und Gelenken, geschwollene Gliedmaßen, verkrüppelte Hände und Füße, Zucken in den verschiedenen Körperteilen, ja selbst Schwäche der Augen sind vielfach die Folgen rheumatischer und gichtiger Leiden.

„Zu unserer Freude teilen wir Ihnen mit, daß Ihr St. Josef's-Tee ein Idealmittel für Rheumatismus ist. Keins der von uns angewendeten Mittel hat so prompt angeschlagen, wie Ihr Tee. Wir hoffen, daß noch recht viele Rheumatismusleidende in den Besitz Ihres Tees gelangen. Bitte um weitere 3 Pakete per Nachnahme." — So schreibt Herr Röhm in Breslau und viele 1000 Kunden schreiben ähnlich

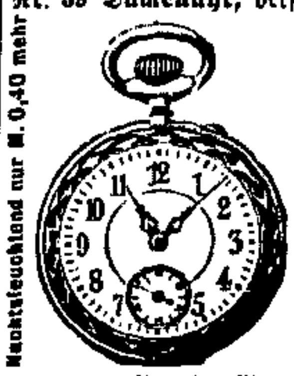
Weil wir wissen, daß Sie ebenso wie die vielen Tausend Ihrer Leidensgefährten mit unserem St. Josephs-Tee unbedingt zufrieden sein werden, erklären wir uns gern bereit, bis auf weiteres jedem Leser dieser Zeitung, der an Gicht und Rheumatismus leidet, ein Originalpaket St. Josephs-Tee zum Ausnahmepreis v. 1,30 Goldmark franko gegen Nachnahme zuzusenden, obwohl der Preis jetzt 2,50 Gm. beträgt. Porto und Nachnahmegebühren tragen wir bei der ersten Sendung.

Unsere große Garantie:
Wir erklären uns ausdrücklich bereit Ihnen d. vollen Betrag zurückzuzahlen wenn Sie keine Besserung verspüren. Eine größere Garantie kann man unmöglich geben. — Wir geben sie, weil wir wissen, wie oft Sie schon wertloses Zeug erhalten haben. Fordern Sie also von unserer seit 25 Jahren bestehenden Firma vertrauensvoll ein Originalpaket „St. Josephs-Tee", am besten gleich, denn um so rascher kann Ihnen geholfen werden.

Dr. Zinsser & Co., Leipzig 483.
Gegründet 1898

Reklamepreis nur Mk. 4,00

kostet die echte deutsche Herren-Ankeruhr Nr. 52, stark vernickelt, ca. 30stündiges Werk, genau reguliert, . . . nur M. 4,00
Nr. 53 Dieselbe mit Scharnier . . . nur M. 4,50
Nr. 51 Dies. echt versilbert, mit Goldrand u. Scharnier nur M. 5,00
Nr. 55 Dieselbe mit besserem Werk . . . nur M. 6,50
Nr. 58 mit Sprungdeckel, ganz vergoldet, . . . nur M. 12,80
Nr. 39 Damenuhr, versilbert, mit Goldrand . . . nur M. 7,50
Nr. 79 Dies., kleine Form, nur M. 10,00
Nr. 81 Dieselbe, echt Silber, 10 Steine . . . nur M. 20,00
Nr. 47 Armbanduhr mit Riemen . . . nur M. 8,00
Nr. 44 Dieselbe mod. viereckige Form, mit besserem Werk nur M. 12,00
Wecker, Ia. Messingwerk . nur M. 2,80
Metall-Uhrkapsel . . . nur M. 0,25
Panzerkette, vernickelt . nur M. 0,50
„ echt versilbert nur M. 1,50
„ echt vergoldet nur M. 2,00
Golddoubleekette . . . M. 5,00



Nachtleuchtend nur M. 0,40 mehr — Garantie für jede Uhr.

Von den Uhren verkaufe jährlich ca. 10000 Stück.

Uhren-Klose, Berlin SW. 141, Zossener Str. 8

An alle Asthmaleidende!

Hören Sie das Urteil Ihrer Leidensgefährten:
„Die Kur mit **Nymphosan-Syrup brachte mir glänzenden Erfolg.** Das vom Felde herrührende **Asthmaleiden ist gänzlich beseitigt** und an Stelle der Melancholie ist höchste Lebensfreude getreten. Indem ich Ihnen nochmals meiner Zufriedenheit Ausdruck gebe zeichne ich hochachtungsvoll H. L. in M."
So und ähnlich lauten die fast täglich bei uns eingehenden Dankschreiben
Best.: Bals. Myr. cps. 3%, Na br. 2%, Malt. 24%, Sach. 16%, i. emuls. Preis pro Flasche Mk. 3,—. Zu haben in den Apotheken
Alleinhersteller: **Nymphosan A.-G., München 38.**

MUSIK-INSTRUMENTE
spez.
Harmonikas, Lauten, Guitarren, Mandolinen, Sprechapparate etc
Versand ab Fabrik direkt an Private. Katalog gratis. 14000 Dankschreiben
MEINEL & HEROLD
Musikinstr.-Harmonikafabrik
KLINGENTHAL Sa. Nr. 475

Laubsägerei
Kerbschnitt und Holzbrand
Werkzeuge, Holz, Vorlagen etc. in grosser Auswahl billig. Katalog gratis.
J. Brendel, Mutterstadt 26 Pfalz.

Futterale

für Mitgliedsbücher
Preis 10 Pfg.
H. Hansmann & Co., Bochum.

Anstelle des heute so teuren Bohnenkaffees nur

Kathreiners Malzkaffee!

Er schmeckt vorzüglich, ist gesund und außerordentlich billig! (Ein Liter kostet kaum 4 Pfennige.)

Der Gehalt macht's!

Volksfürsorge
Gewerkschaftl.-Genossenschaftl. Versicherung

5 Tagn zur Probn

mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen liefere ich sofort. Reflektanten melden erstklassigen, auch die verwöhntesten Ansprüche befriedigenden großen, echt Eichen-Trichter-Apparat „Asta". Die Lieferung erfolgt nebst 6 Stücken auf doppelseitigen Künstlerplatten nach Ihrer Wahl geg. Zahlung von nur Gm.

2.-

pro Woche bei angemess. Anzahlg.
Musik gehört in jedes Haus!
Verlang. Sie sofort kostenlos ill. Preisl. auch über andere preisw. Sprechapparate, Hauben- u. haubenlose, Trichter- u. trichterlose Apparate.
Walter H. Gartz, Berlin 542. Postfach 828 P Alexandrinenstr. 97

Diese echte deutsche Marmor-Stand- u. Schreibtischuhr

14 cm hoch, 8 cm breit

liefere ich infolge eines großen, angesichts der Geldknappheit sehr günstigen Abschlusses zu dem **Reklamepreis v. nur 4.25 M.** (regulärer Ladenpreis über 10.— M.), aus schönstem Marmor mit bestem Messingwerk und Silber-Zifferblatt. 1 Jahr Garantie. Eleganteste Aufmachung. Viele Anerkennungen. Ein Schmuckstück für jedes Heim. Das schönste Geschenk bleibenden Wertes. — Zur Einführung meiner neuen Artikel **lege ich jeder Bestellung** trotz des außergewöhnlich billigen Preises entweder einen erstklassigen **Rasierapparat**, Gilletteform, fein versilbert, in elegant. samtgefüttertem Nickeletui, Ladenpreis 2,50 M., oder ein modernes, vergoldetes **Kettenarmband**, Ladenpreis 2,50 M. **wahlweise gratis** bei. **Bestellen Sie also noch heute.**

Versand der Uhr nebst Gratisbeilage per Nachnahme oder Voreinsendung auf Postscheckkonto **Berlin 115468** zuzüglich Porto.

Walter Lipschitz, Berlin W 30/B, Schwäbischestraße 20. Uhren-Bijouterie Engros-Export.

Billige böhmische

Bettfedern!

1 Kilo graue geschlissene Gm 3.—, halbweiße 4.—, weiße 5.—, bessere 6.—, 7.—, daunenweiche 8.—, 10.—, beste Sorte 12.—, 14.— Gm. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes 206 bei Pilsen in Böhmen

Honig
gar. rein, erstkl. Qualität (kein minderwertig. Auslandshonig) versendet in Postkollis von 1½ Pfund an **Großimkerei Ebersbach, Sa.** Billigster Preis auf Anfrage.

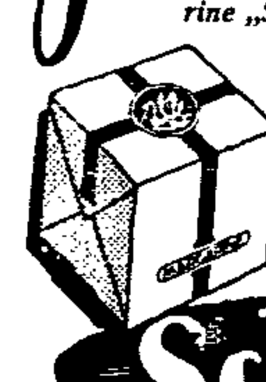
Bergarbeiter-KALENDER 1925
Preis 65 Pf. - H. Hansmann & Co.

Jede sorgsame Hausfrau

muss sich die nebenstehende Packung einprägen, in der allein die Feinkost-Margarine „Schwan im Blauband" geliefert wird.

Sie ist unübertrefflich für Küche und Haushalt und entspricht den höchsten Anforderungen des verwöhnten Geschmackes.

Preis 50 Pfennig das Halbpfund.



Schwan im Blauband frisch gekirnt

Musikinstrumente aller Art. Echt ital. Mandolinen in M. 20.—, 30.—, 40.—, 50.—, 60.—. **8 Tage zur Probe.** Anzahl., Wochenraten v. Gm 2,— an Verl. Sie sofort großen illustr. Katalog portofrei. **Fritz Gottschalk,** Köln a. Rh. 34, Luxemburger Str. 31

Ausnahmeangebot!

Vollfettbücklinge
Stück 10 Pfg.
Packung nach Wunsch 3 u. 5 Pfd.-Kisten
Versand gegen Nachnahme.
Bei 10 Kisten frei.
Hans Matthiesen, Eckernförde/Ostf.

Willste Musik treiben — Mußte Dörfel schreiben!

MUSIK Instrumente
für Orchester, Schule und Haus
Verlangen Sie Preisliste
MAX DÖRFEL
Klingenthal in Sachsen. Nr. 90

Jeder kann froh wieder aufatmen,

der als Lösungsmittel gegen festsitzenden Schleim bei Erkrankungen der Luftwege und Lunge Anithym gebraucht, ein reines Naturprodukt Bonbons von angenehmem Geschmack. Wie der Name schon andeutet, handelt es sich bei Anithym um ein Präparat aus Anis und Thymian. Beiden Pflanzen wird mit Recht seit alter Zeit schon eine große Heilwirkung zugeschrieben, die darauf beruht, daß sie ätherische Oele enthalten. Diese sind die eigentlichen Träger der Heilkraft. Wie wirkt nun Anithym? Es löst den Schleim. Dies sagt an sich alles! Jeder, der bei Erkrankungen des Halses oder der Lunge sich kaum noch seines Lebens freuen kann, da ihn ständiger Hustenreiz und Auswurf quälen und ihm Tag und Nacht nicht Ruhe lassen, weiß, was dies heißt. Der festanhaftende Schleim wird durch Anithym gelockert und verflüssigt; hierdurch ist er leicht auszuwerfen, ohne daß Hustenreiz oder Schmerzen auftreten, ohne daß Blut mit abgeht. Das ist ein außerordentlicher Gewinn, denn gerade der Hustenreiz ist es, der übermäßige Anstrengungen von allen Organen der Lunge und des Halses fordert. Dies verliert sich sofort. Anithym erfüllt durch seinen Gehalt an ätherischen Oelen, aber noch eine zweite ebenso wichtige Aufgabe, nämlich durch seine hohe antiseptische Wirkung die Vernichtung der verschiedensten Krankheitskeime, der Bazillen. Diese müssen bei allen Hals- und Lungenleiden zuerst bekämpft werden. Die Bazillen sind bekanntlich nach den Untersuchungen vieler Autoritäten die Erreger und Verbreiter der Krankheiten, speziell der Hals- und Lungenübel. Anithym wird mit sicherem Erfolg angewandt bei Husten, Halsentzündungen, Kratzen im Halse, Schnupfen, akutem und chronischem Katarrh, Heiserkeit, Luftröhrenentzündung, Keuchhusten der Kinder, Grippe, Lungenentzündung, besonders auch bei dem atemraubenden Asthma und bei tuberkulösem Husten. Anerkennungen gehen immer mehr ein und lauten ähnlich, wie nachstehend: „Ich litt den ganzen verflossenen Winter an Lungen-Asthma- und Herzmuskel-Erkrankung, hatte immer sehr schwere Asthmaanfälle, so daß ich bei Nacht im Bett unbedingt nicht verbleiben konnte. Es war wirklich stets zum Ersticken, trotzdem ich immer in ärztlicher Behandlung stand. Alles Rauchen mit Asthmapulver und Extrakt war gänzlich umsonst. Lange Zeit nahm ich täglich zweimal Bullmannstee, aber vergebens. Meine Anfälle wurden nicht geringer. Da las ich von Ihrem Präparat Anithym. Ich machte einen Versuch und bestellte mir 4 Schachteln. Schon nach Einnahme der zweiten Schachtel spürte ich eine sehr große Erleichterung, und die Anfälle kamen weniger. Nach Verbrauch der vier Schachteln war der Husten bereits verschwunden. Ich bestellte sofort acht weitere Schachteln, und auf diese waren die furchtbaren Asthmaanfälle gänzlich verschwunden, sowie auch der Husten. Ich bin Ihnen deshalb viel Dank schuldig und kann jedermann, der an dieser furchtbaren Krankheit leidet, Anithym bestens empfehlen. Achtungsvoll Ludwig Stängl, Bezirksgärtner a. D., Rohrstetten, Post Lalling, Niederbayern." Aehnliche Urteile liegen auch für andere Hals- und Lungenerkrankungen in großer Zahl vor.

Der Preis für Anithym ist ein sehr mäßiger; für 14 Tage reichen etwa acht Schachteln, die für **5,20 Mk.** spesenfrei zugesandt werden. Kleinste Packung = vier Schachteln für **2,70 Mark.**

Apotheker F. Kost, Dresden 58, Schweizer Strasse 8.
Postscheck-Konto 7915 Dresden.

Qualitäts-

Betten

von prima hochfein echtrot und gestreift Bettköper mit zartweicher, reichlicher Federfüllung. Große Oberbetten **16.50, 19.50, 24.50** G.-M. Große Unterbetten **15.50, 18.50, 23.50** G.-M. Große Kissen **4.50, 5.50, 6.50** G.-M. **Bettfedern** 1.25, 2.—, 2.50, 3.50 G.-M. Halbdaunen **4.50, 6.50, 7.50** G.-M. Daunen **9.50, 11.50, 13.50** G.-M. per Pfd nur staubfreie, frische Qualitäten, kein Risiko, Nichtgefallend Umtausch oder Kaufpreis zurück. Tausende von Kunden Nachbestellungen und Dankschreiben

Bettenfabrik und Bettfedern-Großhandlung
A. u. M. Frankrone Kassel 39.

Fordert in euerm Konsumverein nur Waschmittel mit der Marke GEG

Dieses genossenschaftliche Erzeugnis hält jedem Vergleich mit Waren der Privatindustrie stand

GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT DEUTSCHER CONSUMVEREINE M.B.H. HAMBURG 1 / SEIFENFABRIK DÜSSELDORF

Geschenkartikel
Sportartikel
Spielwaren

Reich illustr. Katalog gratis u. franko

SIGURD-GESELLSCHAFT m.b.H. CASSEL 78

Bandwurm,
Spul- und Madenwürmer entzieh. dem Körper d. best. Säfte, der Mensch wird blutarm, nervös, elend und schlapp. Bleichs. u. blutarme Frauen u. Mädch., Magen- u. Weißflußleidende, sowie nervöse Personen usw. leiden in den meisten Fällen an Eingeweidewürmer, erkennen aber ihre Krankheit nicht. Heute bedarf jeder der so teuren Lebensmittel für sich u. darf diese nicht v. den Würm. geraubt werden. Ausk. kostenl. (Rückporto). Vgl. Spezialarzt. Keine Hungerkur.
Wurm-Rose, Hamburg 11 a Nr. 75.

Größte Auswahl in Musikinstrumenten zu herabgesetzten Preisen

Grosser Katalog ums. — Aufträge von 10 M. portofrei.
finden Sie nur bei
Wolf & Comp.
Klingenthal Sa. Nr. 587